

Das Streiflicht

In der englischen Zone hat die Diskussion um die Neugliederung der ehemals preußischen Provinzen in verstärktem Maße eingesetzt. Wie aus einer Dana-Meldung über die Tagung des Hauptausschusses des westfälischen Provinzialrates in Dortmund vom 5. Juni 1946 hervorgeht, ist auch dort der Gedanke einer weitgehenden Dezentralisierung und einer föderativen Gestaltung des kommenden Deutschland lebendig. Es wurde beschlossen, dafür einzutreten, daß die in den ehemals preußischen Provinzen bestehenden Dienststellen irgendwelcher Zentralämter der jeweiligen Provinzialregierung angegliedert werden.

Diese Entwicklung ist erfreulich, weil sie ein zu unserem Unglück verschüttetes Gesetz deutscher Geschichte wieder ans Tageslicht hebt. Es ist nur zu wünschen, daß mit dieser gesunden Reaktion auf einen öden und deutschen Zentralismus nicht auch zugleich die Neigung zu Kleinstaaterei und Zersplitterung lebendig wird. Wenn sich auch das föderalistische Prinzip auf die deutsche Geschichte beruft, so geschieht dies unter Hinweis auf ihre Grundströmungen, nicht aber mit Berufung auf dynastische Familiengeschichte. Es ist deshalb zu hoffen, daß sich der Beschluß des westfälischen Provinzialrates durchsetzt, der, von wirtschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen ausgehend, das Ländchen Lippe als einen Bestandteil des sich bildenden Landes Westfalen betrachtet, und daß der Graf von Oldenburg keinen Widerhall findet, der nach dem „Nachtexpress“ vom 20. Mai 1946 das Ländchen Oldenburg unter Annexion einiger Nachbargebiete wieder ins Leben rufen möchte, während doch das Land Niedersachsen eine umfassende, auch geschichtlich begründete Verwaltungseinheit darstellen könnte.

Gegnern des Föderalismus sind alle Bestrebungen, Kleinstaaterei, die nur dynastischer Geschichte ihre Existenz verdankten, wieder ins Leben zu rufen, sehr willkommen. Sie haben ihre guten Gründe, den Föderalismus zu fürchten, aber da sie keine sachlichen offenen Argumente gegen ihn besitzen, werden sie ihn beharrlich mißverstehen und sich mit Freudengeheul auf den Grafen von Oldenburg stürzen, weil er ihnen in der Tat Argumente liefert. Bei dieser Gelegenheit versichern sie monoton, daß die antipreußische Haltung, welche alle föderalistischen Bestrebungen mitbestimmt, deshalb unsinnig sei, weil Preußen als politische Größe nicht mehr existiere, sondern nur noch ein geographischer Begriff sei. Wir dagegen sind der Meinung, daß Adolf Hitler nur aus der Schule plauderte, wenn er bereits im Jahre 1932 ausdrücklich schriftlich versicherte, daß Preußen kein geographischer, sondern ein „sittlicher“ Begriff und daß daher Mussolini als Preuße zu bezeichnen sei.

Herr Dr. Külz, der Antifaschist und Führer der Demokratischen Partei, wird daraus folgern, daß sein Kampf gegen den Föderalismus also keinesfalls in Verdacht geraten könne, dem Preußentum als Gesinnungsvorschub zu leisten. Aber ist es nicht höchst merkwürdig, daß dieser Wortführer des strengsten Zentralismus im Jahre 1931 beim Kavallerietag in Dresden eine Rede hielt, die der „Tagesspiegel“ vom 1. 6. 1946 ins Gedächtnis zurückruft und in der Herr Külz wörtlich sagte: „Das Ausland wird gut tun, sich daran zu gewöhnen, daß auch das neue Deutschland die Tradition achtet und das verehrt, was im alten Deutschland groß gewesen ist... Für uns und unsere Zukunft gilt auf allen Gebieten unseres Volkslebens ein anderes Kommando, das vom alten Derfflinger stammt: ‚Aufgesessen und angetrabt!‘ Möge jeder einzelne Teilnehmer dieses Tages mit festem Blick in die deutsche Zukunft aufsitzen und antraben.“

Es ist wirklich seltsam: Wenn der von Hitler vollendete Zentralismus, der den alten Nationalismus und Militarismus unverkennbar in sich trägt, als Heilmittel angepriesen wird, so gilt das in gewissen Gegenden als fortschrittlich. Wenn aber die Föderalisten sich nicht auf einen preußischen General, sondern mit Fug und Recht auf Stein oder Goethe berufen, um ein wahrhaft neues Deutschland zu schaffen, werden sie als „Reaktionäre“ verschrien.